

Mainz, den 28. Februar 2020

## Pressemitteilung

### ***Zu dem am 1. März 2020 in Kraft tretenden „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ erklärt der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz:***

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist keine Antwort auf die Herausforderungen, die insbesondere mit der demografischen Entwicklung in Deutschland verbunden sind. Um die Zahl der erwerbsfähigen Personen im Alter von 15 bis 65 Jahre auf mittlere Sicht stabil zu halten, bedarf es nach Schätzungen von Expert\*innen wie z.B. dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) einer jährlichen Zuwanderung von mindestens 150.000 Drittstaatsangehörigen.

*„Deutschland braucht in Zukunft nicht nur die ‚besten fertigen Köpfe‘, sondern auch und vor allem Menschen, mit Herz, Hirn und Hand, in deren Qualifizierung und Integration investiert werden muss. Die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz bleibt deshalb auf der Tagesordnung“,* erklärt Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Initiativ Ausschusses.

Unabhängig hiervon hat das „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ eine Reihe von Mängeln, die dazu führen werden, dass die positiven Effekte überschaubar bleiben werden:

- Die Voraussetzungen der Einreise zur Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer Ausbildungsstelle wie z.B. der Nachweis von Deutschkenntnissen und der Lebensunterhaltssicherung bleiben hoch;
- Der erforderliche Nachweis der Gleichwertigkeit eines im Ausland erworbenen mit einem deutschen Berufsabschluss vor der Einreise schließt wegen der Unterschiedlichkeit der internationalen Berufsbildungssysteme viele gut qualifizierte Fachkräfte aus;
- Die Möglichkeit zum „Spurwechsel“ für bereits in Deutschland lebende Geflüchtete ist nicht vorgesehen. Das statt dessen zum 1. Januar 2020 in Kraft getretene „Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“ knüpft den Zugang zur Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit an kaum zu erfüllende Voraussetzungen und belässt die wenigen, die sie dennoch erfüllen, in dem aufenthaltsrechtlich unsicheren Duldungsstatus.

Der Initiativ Ausschuss bemängelt zudem, dass die Bundesregierung es versäumt hat, die zögerliche Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Fachkräfte durch eine Kampagne zu flankieren, in der die Aufnahmegesellschaft für die Notwendigkeit und die Chancen der Einwanderung sensibilisiert wird.

*„Die Attraktivität eines Einwanderungslandes hängt maßgeblich davon ab, dass von verantwortlicher Seite für eine Willkommenskultur geworben und eine Willkommenskultur gelebt wird. Das heißt auch und ganz besonders, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung als Bedrohung erkannt und konsequent angegangen werden. Die Zweifel hieran sind in den die letzten Wochen und Monaten durch die Anschläge von Halle und Hanau noch größer geworden“,* so Jäger abschließend.

gez. Torsten Jäger, Geschäftsführer